

# Urheberrecht spezifisch – Computerrecht II

## Teil 1 - Jasmin Mörixbauer

### Schranken der Verwertungsrechte

#### Privilegierte Handlungen - §69d UrhG

- § 69d UrhG sichert dem berechtigten Nutzer die bestimmungsgemäße Nutzung seines Programms
- Die Rechte nach § 69d Abs. 2 und 3 UrhG
  - vertraglich nicht abdingbar (siehe § 69g Abs. 2 UrhG)

#### Abs. 1 – bestimmungsgemäße Nutzung

- Voraussetzungen für zulässige Vervielfältigung oder Umarbeitung:
  - Maßnahmen notwendig
  - Keine entgegenstehenden Bestimmungen im Lizenzvertrag
- Herrschende Meinung: „zwingender Kern“ des § 69d Abs. 1 UrhG
  - „Grenze der Vertragsfreiheit“
  - Nutzung des Programms (Laden und Programmablauf) eindeutig zugehörig
- „Entdonglierung“
  - Umgehung und Beseitigung von Programmschutzmechanismen
  - Eingriff in das Vervielfältigungs- und Umgestaltungsrecht des Urhebers → von § 69d Abs. 1,2 UrhG nicht gedeckt
  - Umstritten ob ausnahmsweise Gestattung zum Wiederherstellen des Programms oder zur Fehlerbeseitigung

#### Abs. 2 – Sicherungskopie

- Erstellung einer (nur bei besonderer Verlustgefahr mehrere) Sicherungskopie durch den berechtigten Nutzer vertraglich unabdingbar geschützt
- Voraussetzungen:
  - Sicherungszweck
  - Kopie notwendig
- Wenn der Händler die Sicherungskopie mitliefert: keine weitere Kopie notwendig und erlaubt

#### Abs. 3 - Programmtestläufe

- Voraussetzungen für „Programmtestläufe“
  - Handelnder ist Berechtigter
  - Funktionieren des Programms wird beobachtet, untersucht oder getestet
  - Ermittlung von zugrundeliegenden Ideen und Grundsätzen zulässig (nicht urheberrechtl. Geschützt - § 69a Abs. 1 UrhG)
  - Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen oder Speichern des Programms („Handlungen zu denen er (der Berechtigte) berechtigt ist“) muss durchgeführt werden
- Ursprünglicher Gedanke der Programmtestläufe aus dem Patentrecht (§ 11 Nr. 2 PatG)
- Ermittlung oder Vervielfältigung des Programmcodes nicht durch § 69d Abs. 3 UrhG gedeckt

#### Rückübersetzung/Dekompilierung - §69e UrhG

- Dekompilierung: „Rückübersetzung des maschinenlesbaren Objektcodes eines Programmes mit dem Ziel der Ermittlung des – für Menschen lesbaren – Quellencodes“

- Interoperabilität: „Fähigkeit des Programms zum Austausch von Informationen (Kommunikation auf Hard- und Softwareebene) und zur wechselseitigen Verwendung der ausgetauschten Informationen“
  - benötigt: Schnittstellen (Dekompilierung auf diesen Teil des Programms beschränkt)
    - § 69e UrhG: Zulässigkeit von Maßnahmen um an die Schnittstellen des Programms zu gelangen
- Schwierigkeit des Gesetzgebers:
  - Quellcode: geschützten Formen des Computerprogramms
  - Schnittstelle für Interoperabilität erforderlich
  - Monopolisierung der Schnittstellen würde den Wettbewerb und damit den Fortschritt der Software behindern
    - § 69e UrhG Kompromiss, nicht vertraglich abdingbar
- § 69e Abs. 1 UrhG – Voraussetzungen der zustimmungsfreien Dekompilierung:
  - Vervielfältigung des Codes oder Übersetzung der Codeform im Sinne des § 69c Nr. 2 oder 2 UrhG
  - Ziel: Beschaffung der Informationen, die zur Herstellung der Interoperabilität mit einem unabhängig geschaffenen Programm notwendig sind (Dekompilierung dafür unerlässlich)
- § 69e Abs. 2 UrhG
  - Einschränkung des Dekompilierungsrechts
    - Informationen nur zur Verwendung zu anderen Zwecken als zur Herstellung der Interoperabilität
    - Weitergabe an Dritte (soweit nicht für Interoperabilität notwendig) und Weitergabe, wenn damit Urheberrechtsverletzungen des Rechtsinhabers zu erwarten sind verboten
- § 69e Abs. 3 UrhG :
  - Generalklausel, die den Missbrauch vorbeugen soll
  - Form einer Auslegungsregel
  - Abwägung der maßgeblichen Faktoren

## **Dekompilierung zum Beweis einer Rechtsverletzung § 69f UrhG**

- Dekompilierung kann zur Feststellung einer fremden Urheberrechtsverletzung nötig sein
- Nur durch Vergleich der Programmcodes belegbar
- Gesetzgeber: keine Sonderregelung erforderlich
- Weg über einen unabhängigen Sachverständigen erforderlich

## Teil 2 – Matthias Löffler

### ■ Erschöpfung des Verbreitungsrechts

#### ■ § 69c Zustimmungspflichtige Handlungen

##### **Erschöpfungsgrundsatz:**

Werkstücke, die mit der Zustimmung des Urhebers in den Verkehr gebracht wurden, sind seinem Einfluß entzogen und dürfen weiterverbreitet werden

##### **Veräußerung mit Zustimmung des Rechtsinhabers**

Veräußerung:

- Aufgeben der Verfügungsgewalt
- nicht nur vorübergehende Gebrauchsüberlassung
- Eigentumsübertragung spielt keine Rolle
- Zustimmung (Vorherige Einwilligung oder nachträgliche Genehmigung)

##### **Vertragliche Beschränkung der Verbreitung**

- Dingliche Wirkung gegenüber jedermann, nicht nur schuldrechtlich inter partes
- Beschränkung des Erstverbreitungsrechts
- Art und Weise des Inverkehrbringens

##### **Sonderregelungen für Computerprogramme**

- Grundsätzlich: Allgemeine Regeln des Erschöpfungsgrundsatzes
- Problem: Datenfernübertragung → Kein Unterschied hinsichtlich der Interessenlage  
→ Verzicht auf das Merkmal der „körperlichen Übergabe“

### **Urheber in Arbeits- und Dienstverhältnissen**

#### *§ 69b Urheber in Arbeits- und Dienstverhältnissen*

- Allgemeine Vorschrift § 43 UrhG
- Urheber eines Werks = Werkschöpfer
- Übergang der Verwertungsrechte auf Arbeitgeber nur bei vertraglicher Vereinbarung
- Ohne Vereinbarung: Übergang soweit, wie für betriebliche Auswertung erforderlich
- ➔ **Keine gesetzliche Vermutung des Übergangs der Verwertungsrechte**
- Spezialvorschrift §69b UrhG
- Übergang der vermögensrechtlichen Befugnisse am Programm auf Arbeitgeber, wenn keine vertragliche Vereinbarung entgegensteht
- Ohne Vereinbarung: Übergang aller Verwertungsrechte
- Arbeitnehmer verbleibt das Urheberpersönlichkeitsrecht
- ➔ **Umgekehrtes Regel-Ausnahme-Verhältnis**

##### **Verhältnis Urheberschaft – Rechtsinhaberschaft**

###### **Arbeitgeber:**

- wird Rechtsinhaber gem. §§69c ff. UrhG
- Erwirbt alle Verwertungsrechte unabhängig von tatsächlichen Verwertungshandlungen

###### **Arbeitnehmer:**

- bleibt Urheber und Inhaber des Urheberpersönlichkeitsrechts
- Urheberpersönlichkeitsrecht eingeschränkt, soweit wirtschaftliche Auswertungsbefugnisse des Arbeitgebers betroffen

###### **Freizeitwerke:**

- kein Übergang der Verwertungsrechte
- Geltung der allgemeinen urheberrechtl. Regeln
- Evtl. Unterlassungspflicht bei Werken, die dem Arbeitgeber Konkurrenz machen können

##### **Abgrenzung zu außerdienstlichen Werken**

- Entwicklung im Rahmen dessen, was Arbeitnehmer vertraglich als Arbeit schuldet
- Str.: Muss das Entwickeln von Programmen zu den vertraglichen Pflichten des Arbeitnehmers zählen?
  - Mit Billigung und auf Kosten des Arbeitgebers erstellte Programme sind Arbeitserzeugnisse
  - Umgang mit Computer gehört immer mehr zum Arbeitsalltag
  - Entwickeln von Programmen muss zumindest zum gewöhnlichen Tätigkeitsbild des Arbeitnehmers zählen

##### **Anwendung auf Dienstverhältnisse**

➔ **§69b Abs. 2 UrhG bezieht sich nur auf öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse.**

##### **Rechtsverletzungen und Vertragsrecht**

#### § 69f Rechtsverletzungen

#### § 98 Anspruch auf Vernichtung oder Überlassung der Vervielfältigungsstücke

- Rechtswidrig hergestellte Vervielfältigungsstücke / Mittel zur unerlaubten Beseitigung oder Umgehung von Programmschutzmechanismen
- Anspruch richtet sich gegen jeden Besitzer (mittelbar oder unmittelbar) oder Eigentümer → passivlegitimiert
- Aktivlegitimiert: Inhaber des jeweils verletzten Rechts (häufig Auseinanderfallen von Verwertungs- und Urheberpersönlichkeitsrecht, siehe §69b UrhG)
- Besitz allein ist keine Urheberrechtsverletzung
- Daher: Vermutung, dass Vervielfältigungsstücke und Mittel zur Umgehung von Programmschutz zum Zwecke der Rechtsverletzung hergestellt bzw. verwendet werden.
- Grund: UrhR-Verletzungen bei Programmen technisch besonders einfach und naheliegend
- Regelung geht über EG-Richtlinie (Beschlagnahme) hinaus

#### **Verhältnismäßigkeitsklausel §69f Abs.1 S.2 i.V.m. §98 Abs.3 UrhG**

- Recht auf Vernichtung bzw. Zahlung einer Vergütung unverhältnismäßig, wenn milderes Mittel möglich
- Anspruch richtet sich dann nur auf das mildere Mittel

#### **Mittel zur unerlaubten Beseitigung oder Umgehung technischer Programmschutzmechanismen**

- Insbesondere Kopierprogramme, die geeignet sind, Kopierschutzmechanismen der geschützten Programme auszuschalten
- Unerlaubt: nicht für Mittel, die für erlaubte Handlungen nach §§69d, 69e UrhG eingesetzt werden
- Anwendbarkeit von §§96, 97 UrhG über §69a Abs.4 UrhG:
- Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche

#### § 69g Anwendung sonstiger Rechtsvorschriften, Vertragsrecht

- Andere Vorschriften für Computerprogramme bleiben unberührt
- Aufzählung nicht abschließend

#### **Schuldrechtliche Vereinbarungen:**

- §§69a ff. UrhG nicht vertragsdispositiv
- Sonst ungeschützte Computerprogramme können durch Verträge geschützt werden
- §69g Abs.2 UrhG legt Mindestrechte des Verwenders fest
  - Erstellung einer Sicherungskopie
  - Programmtestläufe
  - Dekompilierung zur Herstellung der Interoperabilität
- Diese können nicht vertraglich abbedungen werden
- Nichtigkeit vertraglicher Bestimmungen auf Grund anderer Vorschriften bleibt aber möglich